

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Rates
vom 21.12.2017**

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 23:20 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

Einwohnerfragestunde

Der RV Leefers eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Herr Rössel kritisiert die Ampelschaltung für die Fußgänger an der Amtsbrücke, die länger warten müssen, als es früher mit der gemeinsamen Grünschaltung der Linksabbieger gewesen sei.

Bgm Weber erklärt, dass die Stadt im Bereich der Bundesstraßen, bis auf die Glockengießerstraße im Bereich Nödenstraße und im Bereich Wallbergstraße, nicht zuständig sei, sondern das Nds. Landesamt für Straßenbau und Verkehr. Die zuständige Behörde habe die Ampel so programmiert, dass der Verkehr besser fließt, damit weniger Stau auf der Hansestraße / Nordumgehung gebildet werde. Daher müssen die Fußgänger das Grün anfordern, bei dem es passieren könne, dass über 100 Sek. bis zum nächsten Umlauf gewartet werden müsse.

Herr Rössel ist der Meinung, dass die Fußgängerzone auch eine Ralleyzone für Radfahrer, vor allem für Jugendliche, sei und fragt, ob da nicht kontrolliert werde.

RV Leefers antwortet, dass zu bestimmten Zeiten das Radfahren für die Schülerverkehre zugelassen sei. In der anderen Zeit ahndet die örtliche Polizei, wenn nicht vom Fahrrad abgestiegen werde.

Herr Tiegel, Anwohner der Brockeler Straße, fragt zum Stand des Straßenausbaus bzw. wann die vorhandene Baustraße wieder benutzbar gemacht wird.

Bgm Weber antwortet, dass er bereits vor Ort bei der von der CDU durchgeführten Veranstaltung erklärt habe, dass 2015 mit dem Verkauf der Grundstücke begonnen worden sei und seinerzeit festgelegt wurde, dass in 2020/21 der Endausbau realisiert werde, wenn ca. 90 % der Grundstücke bebaut sind. Er betont, dass mit den Anwohnern dann erörtert werde, wo die Zufahrten und Parkplätze eingeplant werden. Z. Zt. liegen im Bereich Einfamilien- /Zweifamilienhäuser 19 Grundstücke im Endausbau von insgesamt 36 Grundstücken vor; der Mehrgeschosswohnungsbau sei realisiert und bei den 55+ Grundstücken seien 22 von 25 bebaut, so dass hier die 90 % noch nicht erreicht seien. Er geht auf die wetterbedingt missliche Situation des Regenfalls der letzten Monate ein, durch die die

Verhältnisse nicht nur durch aufgestautes Wasser unangenehm seien, sondern auch durch die Erdtransporte der LKW's, die die Baustraße tief ausgefahren haben. Bei der Firma Gerken sei bereits der Auftrag zur Fahrbahnverbesserung erteilt worden.

Herr Tiegel meint, dass die Gesamtbewertung jetzt bei ca. 85 % liegt, so dass er davon ausgeht, dass im Laufe des nächsten Jahres 90 % erreicht werden.

Dies könne Bgm Weber nicht sagen. Die Planung hänge von den Bauherren vor Ort ab. Die Zahlen habe er bereits genannt. Weiter geht er auf das Gebiet Stockforthsweg ein, bei dem im Eisvogelweg Grundstücke noch gar nicht bebaut seien und im Bereich Libellenweg noch Grundstücke verkauft werden. Dazu komme, dass im Stockforthsweg noch das gesamte Baugebiet dahinter erschlossen wird mit „An der Rodau“ als Baustraße. Er erläutert, dass für beide Wohnbereiche die Planung für 2019 vorgesehen sei mit der Annahme, dass dann 90% erreicht seien.

Herr Fricke aus dem Libellenweg 9 hat eine Frage zu der Reinigung der Straße. Derzeit liege viel Schmutz auf der Straße. Er fragt, ob eine Kehrmaschine durchfahren könne.

Bgm Weber habe bereits in Auftrag gegeben, dass die Straße gesäubert werde.

Herr Rössel fragt zur Planung, dass die Bundesbahn Rotenburg-Verden zweispurig ausbaut, wie es sich mit einer Westumgehung verhält. Es böte sich an, neben der Trasse eine Autostraße zu bauen.

RV Leefers erläutert, dass an der Begehung er, RH Lüttjohann und StOAR Bumann teilgenommen haben. Die Planungsgruppe, im Auftrag der Deutschen Bahn AG, habe zur Antwort gegeben, dass Ihnen dazu kein Auftrag vorliege. Er ergänzt, dass jedoch die sogenannte Spange, die Zevener Bahn und die Verdenener Bahn auf der Höhe Waffensen planerisch verbunden werde.

Ein Bürger, ohne Nennung seines Namens, betreffend zum Grundstücksgebiet Brockeler Straße II, habe im August eine Email an Herrn Bumann geschrieben, wie die Stadt das sicherstellen möchte, dass durch das Neubaugebiet die vorhandenen Plätze im Baugebiet 49 – Brockeler Straße I – nicht ins Hintertreffen geraten, da Plätze mit Torfeinschlüssen belastet seien und ein Kauf eventuell mit erheblichen Mehrkosten verbunden sei. Das Ganze sei in Anlehnung an die zu erreichenden 90 % zu verstehen. Er habe bisher keine Antwort erhalten.

Bgm Weber erklärt, dass die Stadt sich an den Mehrkosten nach einem bestimmten System, welches der Rat beschlossen hat, beteilige. Sollte es sich in 2019 herausstellen, dass 90 % nicht erreicht werden, aufgrund dessen, dass ein Grundstück mit Torflinsen nicht verkauft werde, werde es nicht daran scheitern. Die Planung sei für 2019 vorgesehen, um in 2020 den Ausbau der Straße umzusetzen.

Herr Wesel, ein Anwohner im Stockforthsweg I, fragt, ob der Libellenweg erst fertiggestellt wird, wenn Herr Dr. Körner seine Flächen frei gibt und dadurch der Ausbau später stattfinden werde.

Bgm Weber geht davon aus, dass in 2019 die Planung für den Bereich Stockforthsweg für die Wohnstraße gemacht werde. Der Ausbau der Wohnstraße ist für 2020 geplant wie für die Brockeler Straße.

Herr Löber fragt, wann der Ausbau der Harburger Straße stattfinden soll, wann ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt wird und ob im Bereich des Wümme-

parks ein Kreisel angelegt wird.

Bgm Weber teilt mit, dass das Planfeststellungsverfahren für Ende 2018 geplant sei. Die Planungshoheit liege bei der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr. Aufgrund einer Verkehrsmessung durch diese Behörde, werde nicht in einen Kreisel investiert. Anfang Januar ist ein Termin zur Erörterung mit der Behördenleitung vereinbart.

Die Einwohnerfragestunde wird geschlossen.

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	VorlNr.
--------------	--	---------

RV Leefers eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Folgenden wird dem verstorbenen Ratsmitglied Hans-August Bülck und dem verstorbenen Rektor der Stadtschule, Heinz Eberhard Nüske, zum Tode gedenkt.

Im Anschluss gratuliert der RV RF Kettenburg zur Geburt ihres Sohnes Justus und RF Distenhof zur Geburt ihrer Tochter Alissa.

TOP 2	Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge	VorlNr.
--------------	--	---------

Die Feststellung der Tagesordnung wird mit Vertagung des TOP 3 „Vorlage-Nr. 0279/2016-2021 Nachbenennung im Wirtschaftsförderungs- und Fremdenverkehrsausschuss“ sowie des TOP 8 „Vorlage-Nr. 0239/2016-2021 2. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung; Ratsantrag CDU/Freie Wähler“ einstimmig zugestimmt.

TOP 3	Nachbenennung im Wirtschaftsförderungs- und Fremdenverkehrsausschuss	VorlNr. 0279/2016-2021
--------------	---	---------------------------

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

TOP 4	Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Freiwillige Feuerwehr Rotenburg (Wümme), Ortsfeuerwehr Borchel	VorlNr. 0271/2016-2021
--------------	---	---------------------------

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt einstimmig Herrn Tobias Brase, Lahend 27a, Borchel

- mit Wirkung vom 24.2.2018 kommissarisch zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Borchel zu ernennen und
- nach Erlangung der Funktion Gruppenführer unter Berufung in das Ehrenbeamten-

verhältnis zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Borchel zu ernennen.

TOP 5 Mängelmeldungen über die Homepage der Stadt, Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen vom 15.11.2017

VorlNr.
0264/2016-2021

RF Matusall geht auf den konstruktiven Austausch mit der Verwaltung ein und stimmt zu, dass keine extra Lösung gekauft werden müsse. Sie bittet jedoch um eine Platzierung auf der ersten Startseite, sowohl in der klassischen Ansicht als auch in der mobilen Ansicht. Weiter bittet sie um eine Trennung des Kontaktformulars und eines Mängelmelders. Die Auswertung könne sowohl in einer Ratssitzung als Mitteilung oder den Ratsmitgliedern online zugänglich gemacht werden, so dass gezeigt werde, wie viele Meldungen zu welchem Thema in einem bestimmten Zeitraum erfolgt seien. Dadurch ergeben sich aus den Meldungen gegebenenfalls Arbeitsaufträge.

RH Holsten nennt ergänzend ein Beispiel der Stadt Walsrode mit deren Portal „Schweigen ist Silber, Reden ist Gold“, dass er weiter empfiehlt.

Bgm Weber stimmt RF Matusall zu. Bei der Frage der Auswertung empfiehlt er, ein halbes Jahr beobachtend abzuwarten, um dann gemeinsam ein Controllingsystem zu entwickeln.

Kenntnisnahme:

Der Rat nimmt – bei 5 Enthaltungen - Kenntnis von der vorhandenen Umsetzung eines Mängelformulars auf der Homepage der Stadt Rotenburg (Wümme).

TOP 6 Annahme und Weiterleitung von Spenden über 2.000 €

VorlNr.
0283/2016-2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig folgende Zuwendung (Spende) über 2.000 Euro anzunehmen und für den genannten Zweck zu verwenden bzw. weiterzuleiten:

Name des Zuwenders/ der Zuwenderin	Geld-/ Sachleistung	Betrag in Euro	Hinweis zur Verwendung	Eingang
Rendac	Geldleistung	6.000,00	Förderung der Mulmshorner Vereine	07.12.17

TOP 7 Zuschuss für La Strada 2018; hier Kostenentwicklung

VorlNr.
0272/2016-2021

Kenntnisnahme:

Der Rat nimmt von den der Vorlage beigefügten Übersichten Kenntnis.

TOP 8 2. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung; Ratsantrag CDU/Freie Wähler

VorlNr.
0239/2016-2021/1

Der Tagesordnungspunkt wurde in den Verwaltungsausschuss verlagert.

TOP 9 Erschließungsbeiträge für die erstmaligen Herstellungen der Erschließungsanlagen im Bebauungsplangebiet Nr. 108 - An der Rodau; hier: Bildung einer Erschließungseinheit

VorlNr.
0275/2016-2021

RH Dr. Rinck meint, dass die Entscheidung dieser Vorlage nur die Bildung einer Erschließungseinheit betreffe, nicht jedoch über den Zeitpunkt des Endausbaus, der seiner Meinung nach, nicht Gegenstand des Beschlusses sei und auch früher eintreten könne.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (W.) beschließt einstimmig, die Erschließungsanlagen im Bebauungsplangebiet Nr. 108 – An der Rodau (dies sind die Straßen: Schwalbenweg, Fledermausweg, Goldammerweg, Bachstelzenweg und Weißdornweg) zur gemeinsamen Aufwandsermittlung und Ablösung der Erschließungsbeiträge gem. § 4 Abs. 1 der Erschließungsbeitragssatzung der Stadt Rotenburg (Wümme) zu einer Erschließungseinheit zusammenzufassen.

TOP 10 Änderung der Straßenreinigungssatzung und –verordnung sowie Neufassung der Straßenreinigungsgebührensatzung

VorlNr.
0260/2016-2021

Beschluss:

Der Rat beschließt einstimmig:

- a) die 7. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Rotenburg (Wümme) (Straßenreinigungssatzung)
- b) die 12. Verordnung zur Änderung der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Rotenburg (Wümme) (Straßenreinigungsverordnung)
- c) die Neufassung der Gebührensatzung der Stadt Rotenburg (Wümme) für die Straßenreinigung (Straßenreinigungsgebührensatzung)

TOP 11 Petition der „Bürgerinitiative Fundtierwohl Row“ vom 01.11.2017

VorlNr.
0282/2016-2021

RH Holsten teilt mit, dass einige seiner Fraktionskollegen sich enthalten werden, da sie den Umstand, dass die Hauptverwaltungsbeamten im Altkreis Rotenburg nicht selbst eine solche Einrichtung ins Leben gerufen haben, als misslich erachten. Dass dies schwierig sei, werde jedoch auch gesehen.

RH Hickisch fasst zusammen, dass aus Kostengesichtspunkten und Problemen bei den Abrechnungen des Tierheims der Vertrag im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst und die Zuständigkeit auf den BMT (Bund gegen Missbrauch der Tiere e.V.) übertragen worden sei. Er betont, dass im Rat Einigkeit herrsche, trotz der offensichtlichen Probleme bei der Zusammenarbeit mit dem Tierheim, dass das Tierwohl der Fundtiere in Mulmshorn und die Gesamtarbeit des Tierheims und der Vorsitzenden nie in Frage gestellt worden sei. Er bezieht sich auf Art. 20 a GG zum Schutz der Tiere und ist der Meinung, dass sich aufgrund der unterschiedlichen Wege und Unterbringungen, wie die Petenten meinen, sich Stress für die Tiere nicht immer vermeiden lasse. Jedoch sehe er in der homepage der Stadt Rotenburg durch klare Informationen über die Abgabe von Fundtieren und den Notdienst an den Wochenenden einen guten Service. Durch das vorhandene Chiplesegerät der Stadt sei es möglich, die gechippten Fundtiere recht schnell Ihren Haltern zuzuordnen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden der Beschlussvorlage zustimmen.

Bgm Weber bedankt sich für die Wortbeiträge und hebt hervor, dass das Tierwohl der Stadt stets am Herzen liege. Es seien viele Gespräche mit Frau Buchhop geführt worden, doch leider war die Stadt dazu gezwungen, diese Lösung zu finden, die auch seit Mai praktiziert werde. Er geht auf den in der Petition genannten Fall ein. Hier habe eine Zuordnung nicht erfolgen können, da die Hundehalterin aus dem Bereich Tostedt das Tier nicht angemeldet hatte. Er ist der Ansicht, dass der BMT professionell sei und betont wiederholt, dass auch in Mulmshorn das Tierwohl aufs Beste gestellt und die Arbeit von Frau Buchhop und Team ausdrücklich zu loben sei.

Beschluss:

„In Kenntnis der Petition der „Bürgerinitiative Fundtierwohl Row“ vom 01.11.2017 beschließt der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) bei 1-Enthaltung einstimmig, die Fundtierunterbringung weiterhin mit dem Verein „Bund gegen Missbrauch der Tiere e.V.“ in Zusammenarbeit mit der Tierklinik in Posthausen fortzusetzen“.

TOP 12 Personalangelegenheit: Versetzung des StOBauR Jörg-Henner Gresbrand in den Ruhestand

VorlNr.
0259/2016-2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt einstimmig, Herrn Stadtoberbaurat Jörg-Henner Gresbrand gem. § 35 Nds. Beamten-gesetz (NBG) mit Ablauf des 31. Dezember 2017 in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze zu versetzen.

TOP 13 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2018 und Stellenplan 2018

VorlNr.
0268/2016-2021

RV Leefers schlägt vor, mit den Reden einzusteigen, anschließend zu den Anträgen, so dass am Ende über eine modifizierte Beschlussvorlage abgestimmt werde.

Bgm Weber beginnt mit seiner Rede (siehe Anlage Nr. 1).

Darauf folgt RH Bargfrede (siehe Anlage Nr. 2).

RH Jürgensen schließt mit seiner Rede (siehe Anlage Nr. 3) an

RH Kohlmeyer fährt daraufhin mit seiner Rede (siehe Anlage Nr. 4) fort.

Im Anschluss nimmt RH Dr. Rinck Stellungnahme zu seinem Antrag. Er geht auf die Einnahmesituation der Stadt Rotenburg und der guten gesamtwirtschaftlichen Lage ein und ist der Ansicht, dass die Schuldenreduzierung der Stadt Rotenburg in geringem Maße stattfindet, wobei er die Stadt mit dem Landkreis vergleicht. Er listet auf, was die Stadt Rotenburg bisher in die Neu- und Erweiterungsbauten der IGS investiert hat, mit 4 Mio € für Klasse 5 und 6, 2 Mio € für Klasse 7, 4 Mio € für Klassen 8-10 mit einer Summe von 10 Mio € und rechnet die Turnhalle der IGS hinzu, wobei er die Gesamtsumme von 13,5 Mio € nennt. Er ist der Ansicht, dass der überwiegende Teil Rotenburgs gegen die Einrichtung einer Oberstufe sei, da Rotenburg mit der BBS und dem Ratsgymnasium gut aufgestellt sei und fragt sich, was die Einrichtung einer Oberstufe wohl kosten werde. Daraufhin zählt er die Investitionen in die Mensen der Grundschulen für den Ganztagsbetrieb auf, die die CDU-FW-Fraktion unterstütze. Was zu kurz gekommen sei, ist seiner Meinung nach, an erster Stelle die Endausbauten der Neubaugebiete. Da die Eigentümer die Erschließung mit dem Kaufpreis bereits bezahlt haben und in der Brockeler Straße bereits ein Ausbaustand von 82,5 % vorliege, meint er, dass in 2018 ein Ausbaustand von 90 % sicher erreicht werde. Aus Sicht der CDU-

FW-Fraktion gebe es keinen vernünftigen Grund, den Ausbau in 2019 nicht vorzunehmen, daher plädiert er für die Planung in 2018. Da die Verwaltung keine freien Kapazitäten habe, könne der Auftrag an einen externen Planer vergeben werden. Er meint, dies koste nicht so viel bzw. dass es gar nichts an Kosten ausmache. Auch für den Stockforthsweg plädiert er für den Ausbau in 2019, da der Ausbaustand nach seiner Schätzung mit über 90 % erreicht sein wird. Weiter meint er, dass Sachargumente auch immer dagegen gefunden werden können, wenn dies nicht gewollt werde. Doch sei es, seines Erachtens nach, nicht eine Frage der Sachargumente, da nichts dagegen spreche, jetzt zu planen. Seiner Erfahrung nach, solle man sich nicht von dem Argument beeindrucken lassen, dass alles wieder kaputt gefahren werde. In der Ahe z. B., was schon seit Jahrzehnten steht, sei auch ein großer Neubau entstanden und die Straße sei nicht kaputt gegangen.

Zur Modernisierung der Innenstadt führt er aus, dass außer kleinen Ausbesserungsarbeiten am Pflaster, die Anschaffung von neuen Bänken, Aufstellung von City-Monitoring und das geplante freie WLAN keine nennenswerten Investitionen für die Innenstadt geleistet worden seien. Er merkt an, dass die Innenstadt attraktiv gehalten werden müsse, zu der es gehöre, den nicht mehr ansehnlichen Baumbestand auszutauschen, veraltete Laternen durch neue zu ersetzen und tote Ecken, wie die Steinbeissergasse, zu verschönern. Er sehe nicht, dass an einem Gesamtkonzept gearbeitet werde, das er jedoch für nötig hält. Daher habe die CDU-FW-Fraktion beantragt, 100.000 € für Investitionen im Haushalt bereitzustellen. Er ist überzeugt davon, wenn diese Summe mit den mehreren Millionen Investitionen in die IGS verglichen werden, sei das nicht vermessen.

Ein weiteres Anliegen seiner Fraktion, ist die Förderung des Rasensports, daher solle in der mittelfristigen Finanzplanung ein Allwetterplatz aufgenommen werden.

Zur Parksituation am Bahnhof äußert er, dass die Parksituation angespannt sei und wenn im Jahr 2020 der HVV-Beitritt erfolgt, werde sich die Situation verschärfen. Trotz der hervorragenden Arbeit, die die städtischen Planer leisten, habe die Stadt bisher kein Parkhaus gebaut. Daher vertritt er die Meinung, dass ein erfahrener Planer beauftragt werde.

Zu konkreten Vorschlägen, was gekürzt werden könnte, um seine Vorschläge zu finanzieren, habe er bereits aufgezählt, was in die IGS investiert worden sei und merkt an, dass in anderen Städten zunächst die 5. und 6. Klassen eingerichtet werden, aber nicht gleich vollständig, da dies für einen städtischen Haushalt zu viel sei und das Geld dann in anderen Bereichen fehle. Er stellt in Frage, dass die Raumgröße etwas mit der Bildung der Kinder zu tun habe, und nennt die Raumgrößen durch Zusammenlegung von zwei Räumen. Er stellt den Sinn und die Notwendigkeit in Frage. Er geht auf eine Studie ein, in der dokumentiert sei, dass der Lernerfolg der Kinder vom Lehrer abhängt, jedoch nicht von der Größe der Räume.

Aus der Sicht seiner Fraktion sei nicht nachzuvollziehen, wenn der Neubau der IGS noch gar nicht abgeschlossen ist, dass für 2018 und 2019 je 300.000 € eingestellt werde. Diese Maßnahmen seien, so Dr. Rinck, nicht nötig. Er meint, dass die Mensa der IGS in der Ahe kein vorrangig zu bedienendes Projekt sei, da die Grundschulen hier Vorrang haben.

Weiter führt er aus, dass die CDU-FW-Fraktion einen eigenen Gestaltungswunsch habe. Sollten deren Änderungsanträge vom Bürgermeister als auch von SPD und Grünen vollständig verwehrt werden, habe er seiner Fraktion empfohlen, den zur Abstimmung stehenden ungeänderten Haushalt abzulehnen.

Der Kritik an der Kurzfristigkeit der Antragsstellung entgegnet er, dass dies üblich sei, da die SPD dies im Kreistag auch gemacht habe. Die Themen des Antrags seien nicht neu, so dass er glaubt, dies entspringe eher der Abneigung zur Sache.

RH Grafe hält es nicht für demokratisch und nicht angemessen, dass die anderen Fraktionen zwingend der Erwartungshaltung des Antragstellers folgen müssen, mit der Begründung, es demonstriere keine offene Ratsarbeit, wenn dies nicht passiere. Er betont, dass jede Fraktion eine Entscheidung für sich treffen müsse, einen Ratsantrag zu stellen und um eine Mehrheit zu werben. Man dürfe jedoch nicht die Erwartungshaltung haben, dass der Rest sich beugt und dem folgt, dies sei undemokratisch, so RH Grafe.

Er fragt, wie das zusammenpasse, dass RH Dr. Rinck fordert, es soll so viel Geld wie möglich gespart werden, um eigene Ausgabeideen in Höhe von 1,3 Mio € zu verwirklichen, in dem laufende Projekte, die in der mittelfristigen Planung, in der auch die Planungsleistung liegt, weggeworfen werden. Für ihn sei dies Unsinn und er kritisiert diesen Umgang.

Weiter führt er aus, dass seit Jahren der Standort der IGS und die Ausbaustufen diskutiert worden seien, wobei es eine Rot-Grüne-Konstante gebe. RH Dr. Rinck wolle jedes Jahr neue Anträge oder Verschiebungen, so dass er doch merken müsse, dass die Schulen bereits Realität sind und er dies akzeptieren müsse. RH Grafe fragt, was gewonnen sei, wenn Projekte verschoben werden, um 1,3 Mio € in andere Projekte zu investieren, außer einem Trugschluss.

Zum Ausbau der Straßen erläutert er, dass unter Detlef Eichinger die Vorableistung der Erschließungskosten beim Grundstücksverkauf eingeführt worden seien. Davor sei eine Kostenpauschale erst bei Ausbau eingefordert worden. Als die Stadt damals schwere wirtschaftliche Probleme gehabt habe, kam die CDU zu dem Ergebnis, beim Grundstücksverkauf die Erschließungsbeiträge mit zu erheben und hat dies 8 Jahre liegen lassen, um selbst zu bauen. Diese Situation kommt aus der Haushaltsgeschichte, die die CDU selbst verursacht habe.

(Anmerkung der Schriftführerin: der Beschluss erfolgte nach der chronologischen Beratungsfolge der Punkte 13.1 bis 13.4)

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt mit 23-Ja-Stimmen, 7-Nein-Stimmen bei 2-Enthaltungen und 1-nicht-abgegebenen Stimme mehrheitlich die Haushaltssatzung 2018 mit dem Haushaltsplan 2018 und die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung einschließlich Investitionsprogramm und dem Stellenplan 2018 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom 04.12.2017, 11.12.2017 und des Verwaltungsausschusses vom 13.12.2017. Inhalt dieses Beschlusses sind auch die Haushaltsvermerke gem. § 4 Abs. 3 Kommunalhaushalts- und Kassenverordnung (Budgetbildung) sowie die Budgets für die Ortschaften 2018.

TOP 13.1 Herstellung eines Kunstrasenplatzes

VorlNr.
0242/2016-2021

RH Bargfrede beginnt mit seinem Plädoyer zu seinem gestellten Antrag (siehe Anlage Nr. 6) und TOP 13.1.1.

(Anmerkung der Schriftführerin: der Ergänzungsantrag von RH Bargfrede ist als TOP 13.1.1 für die Niederschrift eingefügt; der Beschluss erfolgte nach der chronologischen Beratungsfolge der Punkte 13.1.1 und 13.1.1.1).

Beschluss:

Der Rat beschließt mit 20-Ja-Stimmen, 13-Nein-Stimmen und bei 1 Enthaltung mehrheitlich vor dem Hintergrund der Bedarfsabfrage, die Haushaltsmittel für die Errichtung eines Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage In der Ahe aus der mittelfristigen Finanzplanung herauszunehmen und stattdessen Mittel für eine zusätzliche Flutlichtanlage auf der Sportanlage für den Haushalt 2018 einzustellen.

TOP 13.1.1 Einstellung von 500.000 € in der mittelfristigen Finanzplanung 2020 für Einrichtung eines Allwetterplatzes sowie Festlegung eines Flutlichtanlagenstandortes im SportA; Antrag CDU-FW-Fraktion 20.12.2017

VorlNr.
0294/2016-2021

Nach RH Bargfrede Rede (siehe TOP 13.1) und der Verweisung des SPD-Antrages (siehe TOP 13.1.1.1) fährt RH Hickisch mit seiner Rede fort.

RH Hickisch meint, RH Bargfrede werde von jedermann geschätzt, da er sich mit Herzblut für das Interesse der Sportler einsetzt. Er bedankt sich dafür, dass RH Bargfrede nunmehr den Weg eingeschlagen habe, direkt im Sportausschuss über diese Thematik zu beraten, anstatt, wie in 2017 Alleingänge, wie mit der Besichtigung der CDU-FW-Fraktion von Kunstrasenplätzen in Schneverdingen, zu veranstalten. Er plädiert dafür, dass die Flutlichtanlage auf Platz 1 gebaut werde. Bündnis 90/Die Grünen werde daher dem Punkt 2 des Antrages von RH Bargfrede nicht zustimmen.

Weiter meint er, dass Rotenburg mit den vorzufindenden Sportanlagen, Hallen und Sportplätzen sowie der Zusammenarbeit mit den Sportvereinen und der ARS, einzigartig sei. Für Bündnis 90/Die Grünen ergibt sich derzeit keine zwingende Notwendigkeit für einen weiteren Platz, doch die Fraktion werde eine weitere Optimierung der Sportanlage in der Ahe unter den Aspekten Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit und Gesundheit unterstützen. Bündnis 90/Die Grünen stimmen dem Punkt, 500.000 € in die mittelfristige Planung einzusetzen, nicht zu und schließen sich dem nicht heute zur Abstimmung gestellten Antrag der SPD an.

Er unterstreicht, dass Bündnis 90/Die Grünen das Problem der Übungsleiter besonders am Herzen liege und die Fraktion sich im kommenden Jahr für eine Erweiterung derzeitiger Freizeitmöglichkeiten einsetzt und auch die Spielplätze im Auge behalte.

RH Hickisch kritisiert die Anspruchshaltung auf Leistung durch die Stadt durch einige Vereinsvertreter und die versuchte Einflussnahme des DFB-Präsidenten und fordert zu einem miteinander auf. Er fasst für Bündnis 90/Die Grünen zusammen.

Keine Zustimmung zu TOP 13.1 und 13.2., Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag der Verwaltung: Mittel für eine Flutlichtanlage auf Platz 1 einzustellen.

RV Leefers schlägt vor, die Festlegung des Flutlichtanlagenstandorts im Sportausschuss zu beraten.

Bgm Weber empfiehlt die weitere Beratung im Sportausschuss, da hier über den Haushalt debattiert wird und die Kosten für einen Allwetterplatz noch nicht bekannt seien, um diese in der mittelfristigen Planung einzustellen.

RV Leefers fasst zusammen, dass die Festlegung des Standorts der Flutlichtanlage im Sportausschuss beraten wird, der Antrag der SPD dorthin verwiesen wurde, der modifizierte Antrag des RH Bargfrede zu Punkt 1 und Punkt 2 und anschließend der Beschlussvorschlag der Verwaltung Top 13.1. abgestimmt wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) lehnt mit 15-Ja-Stimmen, 17-Nein-Stimmen und bei 2-Enthaltungen ab:

1. „In der mittelfristigen Finanzplanung wird für das Jahr 2020 vorsorglich ein Betrag von 500.000 € für die Einrichtung eines zeitgemäßen Allwetterplatzes eingestellt“.

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) stimmt nicht über

2. „Der Sportausschuss führt bis Ende März 2018 eine öffentliche Sitzung durch. Dort wird
a) gemeinsam mit den betroffenen Vereinen der Standort der Flutlichtanlage festgelegt.
b) Das weitere Vorgehen bezüglich der Informationsbeschaffung über die Vorteile und die Beschaffenheit eines zeitgemäßen Allwetterplatzes festgelegt“.

ab, da der Antrag laut EStRin Nadermann nicht haushaltsrelevant ist und der Ratsantrag der SPD zum weiteren Verfahren verwiesen wurde. Die CDU-FW-Fraktion nimmt einvernehmlich Kenntnis.

RV Leefers fährt mit der Abstimmung zu TOP 13.1. fort (siehe TOP 13.1.)

TOP 13.1.1.1 Prüfung der Voraussetzungen für die Realisierung eines Allwetterplatzes auf Grundlage eines ausgeglichenen Haushaltes in den Jahren 2020/2021/2022; Antrag der SPD vom 18.12.2017

VorlNr.
0291/2016-2021

Nach der Rede von RH Bargfrede (siehe TOP 13) weist RF Behr darauf hin, dass der Antrag der SPD ein Ratsantrag ist, der nicht zur thematischen Beratung im heutigen Rat, sondern um Verweisung laut Geschäftsordnung in den Sportausschuss gebeten wird.

RV Leefers habe keine Bedenken, dies in der heutigen Sitzung zu behandeln.

(Anmerkung der Schriftführerin: der Antrag ist für die Niederschrift als TOP 13.1.1.1 eingefügt, Fortsetzung der Sitzung siehe TOP 13.1.1).

Verweisung:

Der Rat stellt fest, dass der Antrag in den Sportausschuss verwiesen ist.

TOP 13.2 Einstellung von 15.000,00 € Planungskosten für das Jahr 2018 für die Beauftragung eines externen Planers zur Ermittlung der Machbarkeit eines Parkhauses/einer Parkpalette im Bereich des Bahnhofs

VorlNr.
0278/2016-2021

RV Leefers erläutert, dass aus dem letzten VA dem Antrag der FDP ein Sperrvermerk hinzugefügt wurde, den RH Kohlmeyer jedoch herausgenommen haben möchte.

Bgm Weber begründet den Sperrvermerk damit, dass abgewartet werde, bis die Verwaltung eine Vorlage erstellt habe, so dass eine Fremdbeauftragung gegebenenfalls nicht erforderlich werde.

RH Kohlmeyer besteht darauf, dass der Sperrvermerk entnommen wird, da die AG WIR-FDP sicher gehen wolle, dass dieser Antrag auch wirklich behandelt wird.

Beschluss:

Der Rat stimmt dem Änderungsantrag der WIR-FDP, den Sperrvermerk laut Empfehlung des VA's vom 13.12.2017 zu entnehmen, mit 24-Ja-Stimmen, 7-Nein-Stimmen und bei 3 Enthaltungen zu.

„In den Haushalt für das Jahr 2018 werden 15.000,00 € für Planungskosten eingestellt für die Beauftragung eines externen Planers zur Ermittlung der Machbarkeit eines Parkhauses/einer Parkpalette im Bereich des Bahnhofs.“

TOP 13.3 Verzicht auf Kürzung um 20 % im Unterhalt der Schulen und Bildung eines positiven Ergebnishaushaltes von min. 200.000 €; Antrag der WIR-FDP-Arbeitsgruppe vom 29.11.2017

VorlNr.
0280/2016-2021

RH Kohlmeyer erläutert, dass im VA die Punkte 1., 2. und 4. des Antrages zurückgezogen wurden und bittet um Abstimmung zu Punkt 3, worauf RV Leefers erwidert, dass diese Thematik unter Top 13.4 identisch sei und dann behandelt werde.

EStRin Nademann merkt an, dass der Antrag im VA in Gänze zurückgenommen worden sei.

RH Kohlmeyer stimmt dem Vorschlag RV Leefers, unter TOP 13.4 weiter zu beraten, zu.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) stellt fest, dass der Antrag der Arbeitsgruppe WIR-FDP zurückgezogen wurde.

TOP 13.4 Haushaltssatzung 2018 mit dem Haushaltsplan 2018 mit 12 Änderungspunkten; Antrag der CDU-FW vom 04.12.2017

VorlNr.
0281/2016-2021

RH Holsten wundert sich über die Zuversicht des Bürgermeisters, eine breite Mehrheit für den Haushalt zu erhalten. Er meint, dass die CDU-FW-Fraktion, als stärkste politische Kraft, bereit sei, einen Kompromiss zu finden. Er vertritt den Standpunkt, dass der Bürgermeister stärkster Mann in diesem Gefüge sei und dass ein uneiniger Stadtrat denjenigen stärkt, der unterschiedliche Projekte mit seiner Verwaltung einbringe. Weiter habe er den Eindruck, dass manche ihren eigenen Gestaltungswillen aufgeben, aufgrund einer fehlenden klaren Mehrheit und der Möglichkeit von Pattsituationen im Rat. Er betont den Gestaltungswillen der CDU-FW-Fraktion und deren Vertretung für Wähler, wie junge Familien mit konkreten Vorstellungen zur Entwicklung der Baugebiete und Eltern, die wie die CDU-FW-Fraktion, die zwei-Standort-Lösung der IGS für falsch halten. Er nimmt an, dass die Mitwirkung mangels Mehrheitsbildung verwehrt werde und dass ohne Mehrheit im Rat, nur der Wille des Bürgermeisters bleibe. Er nennt das Beispiel zur gestrigen, einstimmigen Haushaltsabstimmung im Kreistag für die die CDU es verstanden habe, aus einer Mehrheit CDU-FDP-WFB und FW heraus, unter Berücksichtigung der Vorstellung der Sozialdemokraten, für Einigkeit zu sorgen, was nur mit Kompromissen gegangen sei. Er wolle allen vor Augen führen, dass der Schwebezustand der unklaren Mehrheiten kein Normalfall sei und plädiert dafür, einen gemeinsamen Haushalt für die Stadt zu beschließen, in dem die Ratsarbeit aller Beteiligten wiederzufinden sei. Es ist für ihn unverständlich, wenn für die eigenen Vorstellungen kein Platz sei und trotzdem zugestimmt werden müsse, um guten Maßnahmen im Haushalt nicht im Wege zu stehen. Er bittet im Namen seiner Fraktion innstündig um seine Handreichung zum Kompromiss.

RF Dembowski stellt klar, dass die anderen Ratsmitglieder auch einen Gestaltungswillen haben und aus freier Entscheidung den Vorschlägen der Verwaltung folgen und nicht, weil der Bürgermeister das will. Was RH Holsten als Kompromiss bezeichnet, sei aus ihrer Sicht eine Verhinderungspolitik, bei der mit dieser Art des Antragswesens eine Fortführung der IGS unmöglich gemacht werde. Dafür stimmt die Bündnis 90/Die Grünen Fraktion nicht. Sie findet es bemerkenswert, wie beantragt werde, dass ein Schulaußengelände nicht gestaltet werden braucht, aber beim Straßenausbau es perfekt und möglichst schnell gehen solle. Sie betont, dass auch ihre Fraktion eine einvernehmliche Ratsarbeit wünsche. Sie glaubt, wenn die CDU-FW-Fraktion sich dafür entscheiden könne, dass sich die IGS, so wie der Rat sie demokratisch auf den Weg gebracht hat, auch weiterentwickelt, werde viel Platz sein, dass die CDU sich in der Ratsarbeit und ihren Gestaltungswillen verwirklichen könne.

RH Grafe hat den Eindruck, dass bei der von RH Holsten vorgetragenen Form und Darstellung von Politik in erster Linie nicht ein Antrag im Mittelpunkt stehe, sondern eine offene Feindseligkeit gegenüber dem Bürgermeister. Dies sei keine Form der Zusammenarbeit, sondern schaffe Zwietracht und Unzufriedenheit in alle Kreise der Stadt, welches er nicht mittrage. Er ist der Ansicht, wenn eine Oberschule gebaut worden wäre, hätte RH Holsten nicht diskutiert. Weiter kritisiert er das Aufzählen von Millionenbeträgen für die IGS ohne die Erwähnung, dass Schulen aus den 70er Jahren ersetzt werden, die neu gebaut werden müssen, so dass hier Ersatz, der ins 21. Jahrhundert trage und die Gesellschaft verändere, geschaffen wird. RH Grafe vermisst ein verantwortungsbewusstes Antragswesen und eine vernünftige Mitarbeit.

RF Behr vertritt den Standpunkt, dass politische Verhandlungsführung mit dem Willen zur Kooperation und zum Interessenausgleich gestartet werde, um Weichen für ein gemeinsa-

mes Ergebnis zu stellen. Zu dem Antragspaket der CDU, den nachträglich beantragten Änderungen und den geführten Gesprächen, habe Sie diesen Eindruck nicht erhalten. Sie stellt fest, dass die Vorziehung der finalen Erschließung der Baugebiete um 1 Jahr nur zu realisieren ist, wenn, laut Punkte 1-4 des Antrags, die Baumaßnahmen an der IGS verschoben werden. Weiter führt sie an, dass die CDU zwei Anwohnerversammlungen vor Antragstellung initiiert habe, um dem Nachdruck zu verleihen. Sie meint, dass die konstruktiven Kräfte im Rat sich auf einen ausgewogenen, leistungsstarken Haushalt geeinigt habe, der so auf den Weg gebracht werden solle. Sie fragt, warum die CDU mit dem Antragspaket den IGS-Schulbau auf Eis legen wolle, obwohl klar sei, dass die SPD dem nicht zustimmen werde und wundert sich, dass RH Holsten behauptet, die CDU würde sich im Haushalt nicht wiederfinden.

Für Bgm Weber sei es „Unfug“, dass RH Holsten behauptet, es gehe hier nach dem Wunsch des Bürgermeisters. Die Beschlüsse, wie der Schulausbau zu erfolgen hat, sind im Stadtrat gefasst worden und daraus ergibt sich seine Aufgabe, die Beschlüsse umzusetzen, auch wenn es nicht den persönlichen Wünschen RH Holstens entspreche. Er ist der Ansicht, dass es hier keinen Schwebezustand bzw. unklare Verhältnisse gibt und plädiert dafür, dass der Stadtrat mit Vernunft für die Stadt Rotenburg (Wümme) entscheidet. Er macht darauf aufmerksam, dass mit dem Antrag der CDU, Schule gegen Straßenbau ausgespielt werde. In der Konsequenz haben mit der Realisierung der Klassenstufe 8 und 9 ca. 300 Schüler, und 1 Jahr später mit weiteren 150 Schülern, keinen Schulhof, auf dem sie sich aufhalten können. Z. Zt. sind auch die Fahrräder in einem Provisorium untergebracht. Er bittet die FDP-WIR von einer gewünschten Verschiebung der Außenanlagen IGS, laut deren Antrag, abzusehen.

RH Dr. Rinck ist der Ansicht, dass der Ausdruck, es sei Unfug, in einer öffentlichen Ratssitzung keinen Platz habe. Er meint, jede Seite habe ihre Argumente, die sachlich ausgetauscht werden sollten. Er findet es schade, wenn so miteinander umgegangen wird.

RH Kohlmeyer stellt klar, da die AG WIR-FDP den Antrag zurückgezogen habe, sowohl die Verschiebung des Mensaneubaus als auch der Außenanlagengestaltung der IGS, habe er sich nicht angesprochen gefühlt.

RH Grafe betont, dass das Miteinander nicht nur im Ratssaal passiert, sondern grundsätzlich.

Nachdem RV Leefers die Punkte 1.-4. des Antrages der CDU-FW hat abstimmen lassen (siehe Beschluss), gibt es zu Punkt 5. Unklarheit, ob nach Jahren oder Straßen abgestimmt werden soll.

RH Schwedesky stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf einzelne Abstimmung.

Bgm Weber hebt noch einmal die bereits genannten Konsequenzen hervor, vor allem dass mit Abstimmung über die Planungskosten 2018 etwas geplant werde, was in 2019 nicht realisiert werden könne, da kein Geld dafür eingeplant werde. Dies sei unvernünftig.

RH Dr. Rinck stellt klar, dass hier nur über die Planungskosten für 2018 entschieden werden solle.

EStRin Nadermann macht darauf aufmerksam, dass Planungskosten grundsätzlich umlagefähig seien, hier jedoch die Grundstücke erschlossen verkauft wurden, d.h. die Kostenschätzung wurde zu Grundlage gelegt, daher wären dies Mehrkosten, die in der Kalkulation nicht berücksichtigt worden seien. Da die Abrechnung so wesentlich sein werde, könne man von einem Wegfall der Geschäftsgrundlage sprechen, das zu Lasten der Stadt gehe.

Nach Abstimmung Punkt 5. (siehe Beschluss) und Klärung der Punkte 6. - 9., stellt RH Dr. Rinck einen Änderungsantrag zu Punkt 10. seines Antrages, in Form der Verringerung der Summe von 200.000 € auf 100.000 €.

RF Bassen stellt klar, dass die SPD-Fraktion auch diese Änderung nicht mittragen werde, da Zeit für den Bereich der Innenstadtentwicklung benötigt werde aufgrund dessen, dass u.a. die Post umgebaut wird. Sie weist darauf hin, dass die Beratung von den zum runden Tisch Geladenen, wie IG-City-Marketing, VTS-Verein für Touristik und Stadtwerbung und RWF, sehr wenig in Anspruch genommen werde. Daher wird für Punkt 10. keine zeitliche Priorität gesehen.

RF Matusall teilt für B90/Die Grünen mit, dass auch sie dies nicht mittragen, da vielmehr ein Bedarf in der Goethestraße und nicht in der Großen Straße gesehen werde.

Sodann erfolgen die Mitteilungen und Anfragen mit den Punkten 14 ff.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt zu:

1. a) Budget-Nr. 01-215-014 wird für 2018 aus dem Investitionsprogramm gestrichen. Bauliche Arbeiten an den Außenanlagen der Realschule/IGS einschließlich der dazugehörigen vorbereitenden Planungen finden im Jahr 2018 nicht statt.

mit 16 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und bei 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

1. b) Budget-Nr. 01-215-014 wird für 2019 aus dem Investitionsprogramm gestrichen.

mit 13 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und bei 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

2. Budget-Nr. 01-215-006 wird für 2018 und für 2019 aus dem Investitionsprogramm gestrichen. Bauliche Arbeiten an der Mensa der Realschule/IGS einschließlich der dazugehörigen vorbereitenden Planungen finden im Jahr 2018 nicht statt.

mit 13 Ja-Stimmen und 21 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

3. Für die Wiederanlage einer Grünfläche im Bereich zwischen Hoffeldstraße und der Realschule/IGS wird für 2018 ein Betrag von 25.000 € bereitgestellt.

- erübrigt aufgrund der Abstimmung zu 1.a)

4. Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2018 im Produkt/Projekt Nr. 01-215 Realschule werden im Finanzplan zu Ziffer 26 von 2.000.000 € auf 1.425.000 € gekürzt.

- erübrigt sich aufgrund der Abstimmung zu 1. a)

5. (lt. FinA 11.12.2018): In Budget-Nr. 07-541-037 und 07-541-038 werden im Investitionsprogramm die vorgesehenen Investitionen wie folgt vorgezogen:

- a) Stockforthsweg: 60.000 € (Planungskosten) im 2018

mit 12 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt;
(Frau Disterhof ist gegangen).

- b) Brockeler Straße: 50.000 € (Planungskosten) im Jahr 2018

mit 12 Ja-Stimmen, 17-Nein-Stimmen, bei 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

6. – zurückgezogen –

7. durch 5. Erledigt

8. hat sich durch 5. Erledigt

9. hat sich beim FDP-Antrag erledigt

10. Im Haushalt 2018 wird an geeigneter Stelle eine Ausgabe von **100.000 €** mit der Zweckbestimmung „Bauliche Modernisierung der Innenstadt“ vorgesehen. Diese Ausgabenposition soll der Finanzierung des Austausches von Baumbestand, der Beseitigung bzw. Erneuerung von beschädigtem oder nicht rutschfestem Pflaster bzw. von Stolperfallen oder nicht behindertengerechter Bodengestaltung sowie der Modernisierung von Straßenlaternen, Papierkörben etc. dienen.

Mit 16 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen abgelehnt.

11. hat sich erledigt

12. hat sich erledigt

Nach Abstimmung über die Punkte des Antrags der CDU-FW setzt RV Leefers die Abstimmung über den Haushalt – siehe Ergebnis Beschluss unter TOP 13 – fort.

TOP 14 Mitteilungen und Anfragen

VorlNr.

TOP 14.1 Buch "Perspektiven" von Heinz Behrendt

VorlNr.

Bgm Weber weist auf das Buchpräsent "Perspektiven" mit Aufnahmen des Fotografen Heinz Behrendt, als Dank für die umfangreiche Arbeit, hin.

TOP 14.2 Studie zu Krebsauslösern

VorlNr.

Bgm teilt mit, dass das Land Niedersachsen zwei Studien zur Aufklärung von Krebsauslösern in Auftrag gegeben habe. Zum einen werde der Zusammenhang zwischen Exposition an Krebserkrankungen zur lokalen Nähe zu Schlammgruben, Erdöl- und Erdgasförderstätten untersucht, zum anderen durch eine Langzeitmessung an Menschen befindlichen Geräten zur Feststellung der Quecksilber und Benzolgehalte in der Luft. Die Ergebnisse sollen in 2019 bekannt gegeben werden.

TOP 14.3 Bahnhof - Waldfläche für Parkplätze

VorlNr.

Bgm Weber weist darauf hin, dass ein Vermessungsauftrag zu einer Waldfläche am Bahnhof, erteilt worden ist, so dass 24 Bäume mit blauen Punkten versehen wurden. Die Punkte seien für die Beratung zur Parkplatzherstellung gesetzt worden.

TOP 14.4 Frauenkalender

VorlNr.

GB Borchers habe einen Frauenkalender 2018 als Dank für die Zusammenarbeit verteilt.

TOP 14.5 Genehmigung der Niederschrift vom 26.10.2017

VorlNr.

RH Hickisch bittet um die Aufnahme der Genehmigung der Niederschrift vom 26.10.2017 in der kommenden Ratssitzung.

RV Leefers schließt die Sitzung um 23:20 Uhr.

gez. Bürgermeister

gez. Vorsitzende/r

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.